

## Ägypten unter Al-Sisi

Reportage aus „Zeitzeichen“ (früher: Evangelische Kommentare)  
von Julia Gerlach

In der einen Hand hält sie ein Kreuz und in der anderen den Koran: Umm Hani, eine Mitfünfzigerin in schwarzem Gewand, steht auf dem Tahrirplatz in Kairo Innenstadt. Sie ist gekommen, um zu protestieren: "Ich bin gegen die Regierung und gegen die Diskriminierung von Christen und dafür, dass wir uns auf das Wesen der Ägypter und auf den Geist unserer Revolution besinnen: Christen und Muslime gehören zusammen, so wie die eine Hand und die andere Hand", sagt sie und bewegt ihre Arme. Sie reagiert empört, als sie den suchenden Blick ihrer Gesprächspartnerin spürt, der sich auf ihre Handgelenke richtet. Hier lässt sich erkennen, ob jemand ein Christ ist oder nicht, denn viele ägyptische Christen haben an der Schlagader ein kleines Kreuz tätowiert: "Ich werde Ihnen nicht sagen und nicht zeigen, ob ich Christin oder Muslima bin. Es ist doch ganz unwichtig. Wir müssen den Kampf zwischen den Religionen endlich überwinden", sagt sie.

Umm Hani ist an diesem Freitagnachmittag nicht die Einzige, die für die Rechte der Christen auf die Straße geht: Gerade hat Präsident Mohammed Mursi den Termin für die Parlamentswahl bekanntgegeben und damit einen Sturm der Empörung unter den Christen hervorgerufen: Den zweiten Wahlgang legte man in manchen Bezirken auf Gründonnerstag. "Da kann man einmal wieder sehen, wie wenig Rücksicht auf uns Christen genommen wird", sagt eine Frau, die neben Umm Hani steht.

Der Protest der Christen hat Erfolg: Bereits am nächsten Tag gibt der Präsident bekannt, dass der Wahltermin um eine Woche vorverlegt wird. "Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings gemessen an den Problemen, die wir Christen im Moment hier in Ägypten haben, eher ein Tropfen auf den heißen Stein", meint Nadia Helmy, eine Journalistin.

Wie viele Christen am Nil leben, darüber gibt es keine glaubwürdigen Zahlen. Es wird geschätzt, dass sie, die meisten sind Kopten, rund 10 Prozent der 85 Millionen Ägypter ausmachen. Und zwei Jahre nach der Revolution in Ägypten sehen sich viele Christen als Opfer der neuen Zeit.

Ist die Angst berechtigt? Gerald Lauche wiegt den Kopf. Der evangelische Theologe aus Deutschland lebt seit Jahrzehnten in Ägypten. Er leitet das evangelische Krankenhaus in Assuan und unterrichtet an der Theologischen Hochschule in Kairo. "Es gibt zunehmend Christen, die das Gefühl haben, dass sie in Ägypten keine Zukunft mehr haben, und viele denken darüber nach auszuwandern", berichtet er.

Wie viele diesen Schritt tatsächlich tun, auch darüber gibt es keine verlässlichen Zahlen. Eine christliche Organisation in den USA bezifferte bereits 2011 die Zahl der ausgewanderten Christen auf mehr als hunderttausend. Diese Zahlen erscheinen sehr hoch. Von den Botschaften der aufnehmenden Länder werden sie nicht bestätigt.

In Ägypten kommt es immer wieder zu Übergriffen auf Christen. Häuser werden zerstört und Kirchen angegriffen. Und viele dieser Zwischenfälle beginnen als Lappalien: "Da klauen etwa verschleierte Mädchen in einem koptischen Laden. Der Verkäufer reißt den Mädchen die Schleier ab, und daraufhin wird sein Laden angezündet, und empörte Muslime versuchen auch, die nahegelegene Kirche zu zerstören", erzählt Gerald Lauche. Zunächst habe der Konflikt nichts mit Religion zu tun, doch dass die Gewalt schnell eskaliert, hänge mit dem schwelenden Konflikt zwischen den Religionen zusammen.

### Beleidigungen fast normal

Gewalt und Übergriffe gab es auch vor der Revolution. So wurden am Weihnachtstag 2010 sechs Christen auf dem Weg von der Kirche nach Hause von Fanatikern erschossen. Und in der Silvesternacht desselben Jahres riss eine Bombe in der Kirche der Zwei Heiligen in Alexandria 24 Menschen in den Tod. Allerdings haben nach dem Sturz Hosni Mubaraks radikale Gruppen deutlich an Einfluss gewonnen: "Es gab wohl schon immer Menschen, die etwas gegen Christen hatten, doch trauten sie sich vorher nicht, dies so deutlich zu sagen

und zu zeigen. Jetzt fühlen sie sich ermutigt", betont Lauche. Beschimpfungen von Christen und abfällige Bemerkungen seien inzwischen fast normal.

"Wir hören fast täglich von Angriffen auf Christen. Ihnen wird Land weggenommen oder sie werden vertrieben", berichtet Adel Abdel Malik. Der 64-jährige Arzt arbeitet in einem christlichen Sozialzentrum im Armenviertel Ezbet al Nakhl. Besonders alarmierend findet er, dass immer wieder Entführungen gemeldet werden. "Ich kenne selber Familien, denen die Töchter entführt wurden. Sie werden dann zum Übertritt zum Islam gezwungen", berichtet er. Auch solche Übergriffe habe es bereits unter der alten Regierung gegeben, aber nicht in so großer Zahl. Hintergrund der Entführungen sei die Absicht radikaler muslimischer Gruppierungen, das Christentum aus Ägypten zu tilgen. "Deswegen sind wir auch ganz und gar dagegen, dass so viele das Land verlassen wollen. Das Christentum gehört zu Ägypten und wir dürfen uns nicht vertreiben lassen", sagt Malik. "Im Übrigen", fügt der Arzt hinzu, "haben wir auch gar keine Angst. Wir wissen, dass Gott seine Hand über uns hält".  
Freundlich winkt er einem kleinen Mädchen zu. Es ist vielleicht fünf. Fliegen schwirren um ihr Gesicht, denn sie steht mitten in einem Müllhaufen. Ezbet al Nakhl ist eines der ärmsten Viertel Kairo und eines der christlichsten. Die große Mehrheit der rund 25.000 so genannten Müllmenschen sind Christen. Sie leben davon, in anderen Teilen der Stadt den Hausmüll abzutransportieren. Mit Eselkarren und kleinen Lastern streifen die Männer durch die Stadt. Wenn sie gegen Mittag ins Viertel zurückkehren, warten die Frauen bereits. Sie reißen die Mülltüten auf und sortieren die Abfälle: Metall, Glas, Plastik wird an Schrotthändler weiterverkauft. Auch für Stoffreste gibt es Abnehmer, und den Rest fressen die Tiere. Müllsammeln ist ein typischer Christenjob, denn die Essensreste eignen sich als Schweinefutter. Allerdings gibt es heute kaum noch Schweine. Mit Ausbruch der Schweinepest 2009 ordnete die ägyptische Regierung die Tötung aller Borstentiere an.

Die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens seit der Revolution hat den Müllmenschen weiter zugesetzt. "Die Menschen hier waren schon immer arm, doch in den letzten zwei Jahren sind sie noch ärmer geworden", sagt Doktor Malik, "wir merken es, dass mehr Leute zu uns kommen und Hilfe erbitten. Wir versuchen zu helfen, wo es nur geht." Seit 1980 gibt es das Friedenszentrum in Ezbet al Nakhl, mit einem Krankenhaus, einer Schule und Kindergärten. Es wird von den Schwestern des Ordens der Heiligen Jungfrau betrieben, und der Arzt gehört zu den Freiwilligen, die die Arbeit unterstützen.

An den Wänden hängen Bilder des verstorbenen koptischen Papstes Schenouda III. Im Frühjahr 2012 starb er, und viele Christen empfanden es als besonderen Schlag, dass sie ausgerechnet in einer so schweren Zeit ohne Oberhaupt auskommen mussten. Durch ein kompliziertes Wahlverfahren wurde dann erst im November Tawadros II. zum Nachfolger gewählt. Auch sein Bild haben die Schwestern in einen blumengeschmückten Rahmen gehängt.

### **Jugendliche wenden sich ab**

Tawadros hat in seiner kurzen Amtszeit bereits mehrmals für Aufsehen gesorgt. So verkündete er im Januar die erfolgreiche Gründung eines Ägyptischen Kirchenrates. Er soll in Zukunft Ansprechpartner der Regierung sein. Auch kritisierte Tawadros II. direkt die Regierung unter Mohammed Mursi und die Verfassung, die im Dezember per Referendum angenommen worden war. Und eine solche Kritik ist neu: Vorgänger Schenouda verhielt sich in den letzten Jahrzehnten Mubaraks eher regimetreu. Selbst während der Revolution hielt er noch still und untersagte den Pfarrern, auf dem Tahirplatz Gottesdienste zu halten. Das Stillhalten hat dazu geführt, dass sich viele Jugendliche von der Kirche abwenden. Sie sehen den Papst zwar weiterhin als spirituelles Oberhaupt, wollen aber nicht mehr, dass er die Kopten auch politisch vertritt. Es sind daraufhin mehrere politische christliche Organisationen entstanden wie die "Jugend von Maspero", die immer wieder Demonstrationen organisiert. Und andere Christen organisieren sich bewusst nicht in christlichen politischen Gruppierungen, sondern in Parteien, die nicht an eine Religion gebunden sind. "Man kann schon sagen, dass die Revolution unser Verhältnis zu unserer Religion verändert hat", sagt ein Student mit lockigen Haaren in einer Kairoer Innenstadtkirche: "Einerseits

betrachte ich die Institution Kirche kritischer, bin nicht mit allem einverstanden, bleibe aber bewusst Christ." Für den evangelischen Theologen Gerald Lauche ist das kein Einzelfall: "Die Leute sind enger zusammengerückt, und man hat den Eindruck, dass sie sich mehr für die Glaubensinhalte der Religion interessieren: Ganz offensichtlich wollen sie - wenn sie schon als Christen einen schweren Stand haben - wenigstens daran glauben."

## **Prüfstein Kirchenbau**

Im Juni 2016 hat sich der Bischof der koptisch-orthodoxen Kirche für die Schweiz, Amba Gabriel, skeptisch über die Einigung in Ägypten über den Neubau von Kirchen geäußert, wobei Christen insgesamt Präsident Abdel Fattah al-Sisi unterstützen.

Es müsse sich zeigen, mit welchen Einschränkungen die Kirchen künftig dennoch konfrontiert würden, sagte Gabriel. Dennoch müsse die koptische Kirche „weise und vorsichtig“ mit diesem Thema umgehen. „Wir wollen keine Konfrontation mit dem Präsidenten, der uns ernst nimmt.“

Gabriel wies auf einen kirchenfreundlichen Erlass des ägyptischen Präsidenten al-Sisi vor eineinhalb Jahren hin, der von Salafisten bekämpft werde: Laut Erlass sollten nach der Ermordung von 21 Kopten in Libyen durch die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) im ägyptischen Heimatort der meisten Opfer eine Kirche gebaut werden. „Salafisten haben mit Widersprüchen gegen Höhe, Größe, Form, Kuppel, Kreuz oder Glockenturm dafür gesorgt, dass der Bau ausgesetzt wird“, sagte der Bischof. In der neuen ägyptischen Verfassung ist festgelegt, dass den Christen mehr Religionsfreiheit gewährt werden muss. Derzeit gelten strenge Auflagen für den Kirchenbau, die zum Teil noch aus der Zeit der Osmanen stammen.

Anfang September hat dann das ägyptische Kabinett einen Zehn-Punkte-Gesetzesentwurf gebilligt, der den Bau von Kirchen erleichtern soll. Die Kirchen hatten der Vorlage zugestimmt, nachdem die koptische Kirche zuvor Teile der Novelle scharf kritisiert hatte. Nach Gesprächen mit Präsident Abdel Fattah al-Sisi wurde nach Angaben der Synode koptischer Bischöfe ein Kompromiss gefunden. Einzelheiten wurden wenige genannt: Künftig dürfen kirchliche Gebäude ein Kreuz auf dem Dach haben und Kirchen in Wohngebieten errichtet werden. Das jetzt beschlossene Gesetz ersetzt bisher geltende Regelungen aus dem Jahr 1934. Danach durften Kirchen nicht in der Nähe von Schulen, Regierungsgebäuden und in mehrheitlich muslimischen Wohngebieten gebaut werden. Nach Worten des Präsidenten der Evangelischen Kirchen in Ägypten, Andrea Zaki, ist die Regierung auf alle Forderungen der Christen eingegangen. So könnten auch illegal errichtete Kirchengebäude künftig im Nachgang anerkannt werden, ohne dass die Sicherheitsbehörden eine Möglichkeit zum Einspruch hätten.

Kritischer beurteilt die Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) das erzielte Ergebnis. „Natürlich ist es positiv, dass Ägypten nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung endlich den Neubau von Kirchen liberalisiert und erleichtert“, erklärte Afrikareferent Ulrich Delius am 31. August.

Aber leider gebe es erneut Bestimmungen, die die Ausübung der Religionsfreiheit für die christliche Minderheit in dem überwiegend muslimischen Land einschränkten. So schreibe beispielsweise Artikel 2 des neuen Gesetzes vor, dass sich die Größe einer neuen Kirche proportional am Anteil der christlichen Bevölkerung in dem Stadtviertel oder dem Dorf orientieren muss. Delius: „Diese Bestimmung wird radikalen Islamisten erneut die Möglichkeit bieten, mit Eingaben und massivem öffentlichen Druck den Neubau von Kirchen zu verzögern oder zu hindern.“

Denn es gebe keine offiziellen Melderegister in ägyptischen Orten und somit auch keinen allseits anerkannten Überblick über deren Bevölkerungsstruktur. „Die Salafisten werden auch in Zukunft verstehen, wie sie den Mob der Straße für ihre Zwecke instrumentalisieren, um den dringend notwendigen Bau zusätzlicher Kirchen zu verhindern“, sagte Delius. Mit einer klaren gesetzlichen Regelung hätte diesem Missbrauch Einhalt geboten werden können.

Die Kairoer Korrespondentin des Tages-Anzeigers, Astrid Frevel, berichtete dazu:

## **Parlament baut Hürden ab, dennoch keine Gleichstellung**

Mehr als die Hälfte aller religiösen Konflikte in Ägypten hat den Ursprung in einem Streit um den Bau von Kirchen. Dieser ist seit 1856 in einem komplizierten Verfahren geregelt und wurde 1934 per Dekret vom damaligen stellvertretenden Innenminister Ezabi Pasha noch einmal verschärft. Die Hürden kamen fast einem Verbot gleich. Die diskriminierende Behördenpraxis habe zur Verbreitung einer sozialen Kultur geführt, die die Präsenz von Kirchen oder sogar deren Erneuerung ablehnt, hält die Ägyptische Initiative für Persönlichkeitsrechte (EIPR) fest. Nun hat das ägyptische Parlament mit Zweidrittelmehrheit die Buchstaben der neuen Verfassung von 2014 erfüllt: Diese verlangt, dass in der ersten Session ein neues Gesetz zum Bau und zur Renovierung von Kirchen verabschiedet wird. Auch die Legalisierung der ohne Bewilligung errichteten Kirchen wird geregelt. Über den Text wurde lange hinter verschlossenen Türen gerungen. Auch Präsident Abdelfattah al-Sisi hatte auf eine Einigung gedrängt. Ablehnung muss begründet werden. Nach der Novelle muss der lokale Gouverneur im Laufe von vier Monaten über Gesuche zum Bau neuer Kirchen entscheiden. Eine Ablehnung muss begründet werden. Es gibt auch die Möglichkeit, einen negativen Entscheid juristisch weiterzuziehen. Die drei großen christlichen Kirchen – die orthodoxe, die katholische und die anglikanische – hatten zuvor den Text abgesehnet. Die islamistische al-Nur-Partei hat gegen das Gesetz gestimmt, weil die Verfassung den Islam und nicht das Christentum als Religion des Staates definiere. Halbmond und Kreuz würden sich mit diesem historischen Entscheid umschlingen, hatte Parlamentspräsident Ali Abdel-Al gemeint.

### **Kopten sind skeptisch**

Koptische Intellektuelle und Aktivisten sind da weniger euphorisch: Der Chefredakteur der koptischen Wochenzeitung "al-Watani" sprach gar von einer "tickenden Bombe". Er kritisierte vor allem die Notwendigkeit eines Bedarfsnachweises. Dabei gibt es in Ägypten gar keine offiziellen Statistiken über die Zahl der Christen, die rund zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen. Zudem würden genaue architektonische Vorgaben gemacht. Mit schwammigen Formulierungen werde viel Raum für negative Bescheide geschaffen, lautet die Befürchtung.

### **Diskriminierung bleibt**

Das neue Gesetz schafft allenfalls Erleichterungen, aber keine Gleichstellung mit den Muslimen. Die Diskriminierung bleibt bestehen. Die Kopten hatten deshalb ein einheitliches Gesetz zum Bau sakraler Gebäude gefordert. Laut offizieller Statistik gibt es in Ägypten 2.869 Kirchen und 108.000 lizenzierte Moscheen. Viele Kirchen bleiben geschlossen, weil die Sicherheitsbehörden es so verfügen. Erst die Praxis wird zeigen, ob das neue Gesetz die Möglichkeiten der Christen, ihren Glauben frei zu praktizieren, tatsächlich verbessert. (Astrid Frevel aus Kairo, 1.9.2016) –

## **PRÜFSTEIN RELIGIONSANGABE IN AUSWEISEN**

Starken Widerstand gibt es auch gegen die von den ägyptischen Christen geforderte Streichung der Religionsangabe in den Personalausweisen. Das komme für alle Nicht-Muslime einer Diskriminierung gleich, besonders bei Arbeitssuche. Die koptische Wochenzeitung berichtet von der Kontroverse ausführlich.

(Voller Text in englischer Übersetzung aus der koptischen Wochenzeitung Watani vom 17. Oktober 2016)

Controversy has been recently raging in Egypt over a proposal by MP Alaa' Abdel-Moneim of the Support Egypt bloc in parliament to remove the religion box from Egyptian ID cards. The issue is not new; it has been for decades high on the agenda of liberals and seculars, with the objective of rooting secularism as a mainstay for a modern, civil Egyptian State. The State, they insist, should remove the religion box from ID cards as a measure to prove it has nothing to do with a citizen's religion whatever that may be.

But Islamic conservatives think otherwise. They argue that removal of religion from ID cards challenges Islamic dominance in the Muslim-majority Egypt; the Constitution's second article, they argue, states that Egypt is an Islamic country. They also insist the move would wreak havoc with Egyptians on the family law front—Egypt has separate family laws for Muslims and Christians basing on their respective religious principles. Yet the answer is simple, liberals say; individuals may obtain from the civil register a certificate citing their religion whenever needed.

The controversy took a distinctive turn, however, when two Egyptian institutions, Cairo University and the Engineers' Syndicate, decided not to wait for any law to remove the religion box from official papers, but to enforce it themselves in all papers that concern them. They based their decision on the Constitution which stipulates that all Egyptians are equal in rights and duties before the law, and that there shall be no discrimination between them on any grounds, including religion. Accordingly, they took the initiative of removing all reference of religion from official documents relevant to them.

The first to do so was Cairo University. On 11 October 2016, Cairo University President Dr Gaber Nassar issued a decision to: "Remove the religion box information from all certificates, documents, and papers issued or tackled by the university when dealing with students, workers, staff, and any auxiliary authority whatever that may be; and in all the university's colleges, institutes, and centres whether undergraduate or graduate."

To a question of what documents pertaining to the university required information about the religion of the applicant, Dr Nassar replied that they were indeed very few; he quoted the example of Cairo University's Institute of African Studies which required of students and employees to cite not only their religion but also the sect they belonged to. Dr Nassar's office had received a complaint to that effect from the Coptic student Mina Nader Morqos who had attempted to apply to the said institute on 7 September 2016. "This is in no way acceptable," Dr Nassar said. "We strive to build a secular State far removed from religiosity or fanaticism. The mere request that an individual cites his or her religion means that this religion is a factor in decision-making. This should never be so."

Following close on the heels of Cairo University was the Egyptian Engineers' Syndicate. On 14 October, the Engineers' Syndicate Secretary-General Muhammad Khedr announced the syndicate's office authority had taken a decision to remove the religion box from all papers the syndicate dealt with. It is expected that the decision would be final once it is officially approved by the syndicate board in its meeting in Alexandria on 8 November, especially given that the Syndicate Head Tareq al-Nabarawi strongly supports the decision.

Emad Thomas, member of the syndicate board, said that once the Engineers' Syndicate approves the decision, it would be the first among Egypt's syndicates to take the decision to remove the religion box from all its papers. According to Deputy Secretary-General of the Syndicate, Fayege Girgis, the decision comes to crown a long campaign to remove the religion box from the syndicate's papers. "It is a wise decision," Mr Girgis said, "since it confirms that Egypt is secular and does not discriminate among citizens because of their religion. The Constitution bans discrimination, and the presence of the religion box has been behind many instances of religious discrimination against Christians." He said that applicants requiring to be registered as consultant engineers had to cite the religion they belonged to in the application forms.

The Egyptian Bar Association, the lawyers syndicate, for its part proudly announced on 16 October that no syndicate papers whatsoever required citing a person's religion. The

Journalists' Syndicate too declared their papers did not include a religion box.

Despite widespread support from Egypt's seculars and liberals for the initiatives by Cairo University and the Engineers' Syndicate to remove the religion box from their official documents, it was no surprise that the proposal should come under heavy fire from religious conservatives. The surprise, though, was that many intellectuals and politicians criticised the move.

Minister of Higher Studies and Scientific Research Ashraf al-Sheehi lost no time in condemning the Cairo University initiative. The following day to Dr Nassar's announcement saw Dr Sheehi comment on the Cairo University initiative during a meeting he had with the faculty and staff of Fayoum University in the town of Fayoum, 100km southwest Cairo. "The decision is unjustified at the time being," he said. "It will work to inflame sectarianism and widen the rift between students of different religions, which is unacceptable in universities." He insisted that the majority of university presidents rejected Dr Nassar's decision on grounds that it would work chaos in the Egyptian society.

Dr Sheehi was not alone in his condemnation of the initiative to remove the religion box from official papers. A number of MPs were vocal in their criticism of the move. MPs Omar Hamrouche of the Religion Committee in parliament and Atef Mekheilaf of the Human Rights Committee both said the initiative lacked legal backing and had been taken at the wrong time. "It stands to inflame sectarian tension," Mr Hamrouche said. "I am totally against removing the religion box from any papers at all; it will do us no good."

Mounir Megahed, coordinator of MARED, Misriyoun (Egyptians) Against Religious Discrimination, described the ultraconservative stance on the part of MPs as an indication of the dire need for legislative reform. All legislation, he said, must be rid of discriminative articles. "The bold, long-aspired initiative by Cairo University and the Engineers' Syndicate is a step on the path of full citizenship rights for all. I hope other Egyptian institutions would soon follow in the same footsteps, until we can remove the religion box from all ID papers, a demand we have been calling for since years back."

MARED launched a signature campaign for a statement to support Cairo University's initiative which it described as a confirmation that the university was absolutely impartial to an individual's religion. The statement denounced all criticism of the initiative, whether this came from Islamists or conservatives. It declared, however, that the removal of religion from documents was not enough to put an end to discrimination; other legal measures should follow. It called for the removal of the religion box from ID cards, the purging of school curricula from any material that overtly or tacitly promotes discrimination, and the swift formation of a commission for battling discrimination. Over 220 individuals, many of them public figures, and 23 political parties and organisations signed the statement.

According to MP Emad Gad, those who criticised the removal of religion from official papers are but representatives of forces of darkness that wish to take Egypt backwards, or are flirting with the Salafi extremists who are swiftly losing ground with the Egyptian public. "But Egypt will go back to being Egypt," Dr Gad says, "where citizenship rights and pluralism reign and discrimination has no place."

Political analyst Kamal Zakher applauded the initiative by Cairo University, saying that the only difference between one Egyptian and another should be work and achievement, not religion. The initiative upholds just that, he says.

For their part, MPs Marguerite Azer and Aida Nassif recognised the initiative as a step towards full citizenship for all Egyptians, and hoped it would lead to the more basic step of no religion box on ID cards.

MP Muhammad Abu-Hamed pointed out that, despite the initiative, there will still be on the ground individuals who discriminate against others on basis of religion. "There must be strict monitoring of incidents of discrimination," he says, "because religious bias is entrenched in the souls of many Egyptians who see the 'other' as inferior and act accordingly. This is what we should seriously fight."

In total agreement with MP Abu-Hamed was Adel Ramadan, a lawyer and legal representative of the Egyptian Initiative for Personal Rights. "The initiative to remove religion

from official papers is a commendable move. But, in and by itself, it can never achieve the results we aspire for where abolishing religious discrimination is concerned. Other measures should follow in order to eventually put an end to discrimination. There should be no discrimination in the appointment of university staff or faculty, in oral exams, or in the entrance criteria to the various departments of study." It is no secret, he said, that students are openly asked about their religion during oral exams, and that many excellent candidates for faculty posts are excluded because they are Christian. Medical schools in Egypt are notorious for the unwritten rule of banning Christians from specialising in gynaecology. "All such practices and many similar others should come to an end," Mr Ramadan said.

"The change we talk about is no overnight task," education expert Kamal Mugheith explained. "We need to purge school curricula of all religious-biased material, and root instead citizenship-oriented education. The Education Ministry should be up to its responsibility on that head, as should the Culture Ministry which should disseminate liberal thought." Mr Mugheith admitted that this may take years to achieve, "but we should start directly."

*Watani* decided to visit Cairo University campus to sound students on the initiative. Many students knew nothing about the initiative but, among the Muslims who knew, most saw no need for it in the first place. "What religious discrimination?" said Mahmoud Murad, a Science student. "Many of us face some form or other of discrimination at the hands of some professors. It has nothing to do with religion. Christians are overly sensitive, that's all." Others insisted it was not a sound or justified decision; there were no or not many papers that required an applicant to cite his or her religion. "What's wrong with citing one's religion? And if someone intends to discriminate against Christians, he or she does not need the religion box to do so," Ali Muhammad said.

A few, however, recognised the initiative as a step towards fully excluding religion from decision-making and, as such, applauded it. "A person should be judged according to merit, and merit alone," said Khaled Muhammad who studies architecture.

Samer Samir of the Faculty of Commerce said that discrimination was a fact on the ground. "Let us not bury our heads in the sand," he said, "discrimination is alive and kicking. Any action to put an end to it, even if long-term, is to be applauded and upheld. We should build upon such actions until we finally become a society with no religious bias."

"Dr Nassar's initiative is definitely a courageous step," Sherine Hany, a graduate of Cairo University's School of Medicine says. "But will it put an end to discrimination against us Christians? We don't need a religion box to identify us; we are known through our names, the way we dress, the way we talk; in short our entire demeanour. Discrimination is not merely on paper, it stares us in the face during oral exams and all steps for advancement. It dwells in the souls of fanatics; this is what we should fight."

Marina Magdy of the Faculty of Commerce said Dr Nassar's decision warranted all respect. But again, "What difference will it make?" she said. "Christians are easily recognisable, and can thus be discriminated against according to whim. We need a sea change in general perception for any change to take place."

The opinions expressed by Dr Hany and Ms Magdy were repeated by many Christian students.

Theodora Gamal, a bright, outgoing History student at the Faculty of Arts said Copts had survived centuries of discrimination, through faith. "We continue to do so," she said, insisting that it would take much more than laws or regulations to abolish religion bias in the community. *Watani* ventured the comment that the initiative was nevertheless a step towards official non-discrimination. "It means the State is effectively announcing it has nothing to do with your religion; that religion is your concern and yours alone," *Watani* said. Ms Gamal's face brightened up. "Oh, I hadn't looked at it this way," she said. "This then obviously means we're on the right path, even if it takes another generation to get there."